Lüdenscheider Zeitung.

Amtl. Kreisblatt für den Stadtkreis Lüdenscheid.

Amtlicher Anzeiger für den Kreis Altena.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis vierteljährlich durch die Boten und Agenturen bezogen Mk. 1.50, durch die Post frei ins Haus Mk. 1.92.

Anzeigen werden bis morgens 10 Uhr erbeten. Die einspaltige Zeile oder deren Raum kostet 15 Pfg., Reklamen die Zeile 30 Pfg. (Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren.)

Fernsprecher: 98. Telegramm-Adresse: Zeitung.

Redaktion und Expedition: Friedrichstraße 9 I.

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Behmer, Lüdenscheid.

Druck und Verlag von Tilgenkamp & Ruhl (Inhaber Carl Saffe), Lüdenscheid.

48. Jahrgang.

Nr. 278. **Montag, den 28. November 1910.**

Deutscher Reichstag.

86. Sitzung am 25. November, 1 Uhr.

Wehe, wenn sie losgelassen! Es scheint fast, als wenn verschiedene Reichstagsmitglieder die Zeit der Redepause, welche die Ferien mit sich brachten, jetzt gehörig nachholen wollen. Die Interpellationsdebatte über die Fleischteuerung sollte heute möglichst schnell beendet werden, um zur Interpellation über die Königsberger Kaiserrede übergehen zu können Aber weit gefehlt. Stunde auf Stunde rückte der Zeiger der Uhr vor, und immer noch unterhielt man sich über die Fleischteuerung. Die 1½stündige Rede des Genossen Hildebrand eröffnete „erfreuliche" Aussichten, und schließlich fügte man sich in das Unvermeidliche, denn bei Interpellationen wird ja meist nur zum Fenster hinaus gesprochen. Viel Neues vermochte Herr Hildebrand kaum vorzubringen, trotz des Feuers, mit dem er sich ins Zeug legte. In vornehmer Gelassenheit griff nach ihm Staatssekretär Delbrück in die Debatte ein, um namentlich die gestrigen Vorwürfe Wiemers zurückzuweisen, indem er betonte, daß es doch etwas anders sei, als städtisches Oberhaupt für einen enger begrenzten Kreis zu sprechen, als in der Eigenschaft als Staatsminister allgemeine Interessen wahrzunehmen. Den Staatssekretär löste der temperamentvolle Führer des Bauernbundes ab, Wachhorst de Wente, und mit ziemlicher Sicherheit konnte man voraussagen, daß er mit seinem Antipoden Hahn ein großer Teil der späteren Nachmittagssitzung wurde durch dieses Rededuell ausgefüllt. Dazwischen durch sprachen noch der robuste Herr Kobelt, seines Zeichens Schlächtermeister, also Autorität in der vorliegenden Frage, und seiner urwüchsigen Sprache freut sich auch der Gegner. Herr Linz von der wirtschaftlichen Vereinigung nimmt mit Rücksicht auf Westdeutschland im Gegensatz zu seinen Freunden einer teilweisen Grenzöffnung gegenüber einen etwas sympathischen Standpunkt ein. Inzwischen soll auch der Reichskanzler, der sich für die Königsberger Interpellation im Hause bereit hielt, wieder abgefahren sein. Als Herr Hahn die Tribüne bestieg und die Debatte uferlos zu werden drohte. Herr Hahn rechnete selbstverständlich mit Herrn Wachhorst gründlich ab und ließ am Bauernbund und der nationalliberalen Partei hinsichtlich ihrer Fürsorge für die Landwirtschaft kaum ein gutes Haar. Gegen 6 Uhr rückte noch einmal Genosse Emmel an, und alles floh. Als letzte Redner kam noch ein Antipodenpaar, der fortschrittliche Landwirt Fegter und der dem Bunde der Landwirte nahestehende Herr Löscher. So war bereits 6½ Uhr überschritten, als man endlich nach Hause ging. Morgen wird man sich vielleicht nicht minder länglich über die Königsberger Kaiserrede unterhalten.

Am Bundesratstische: **Delbrück**, Frhr. **v. Schorlemer.**

Die Besprechung der Interpellationen betr. die Lebensmittel- und Fleischteuerung wird fortgesetzt.

Abg. **Hildenbrand** (Soz.): Nach zwei Tagen der Debatte über die Lebensmittelteuerung wissen die Arbeiter und kleinen Leute wieder einmal, daß die agrarische Mehrheit ihnen nicht die Möglichkeit gewähren will, sich ausreichend ernähren zu können. Auch die Regierung hat vollkommen versagt, trotzdem ihre eigenen amtlichen Statistiken die Unterernährung des [illegible]stellen. Man hat die Einbringung unserer Interpellation als agitatorisch hingestellt. Wir brauchen diese Agitation nicht, die Agitation besorgen Sie, (nach rechts), unterstützt von dem Instrument des Himmels, viel besser als wir. (Heiterkeit bei den Soz.) Es ist nicht wahr, daß die Löhne der Arbeiter entsprechend den höheren Lebensmittelpreisen gestiegen sind. Es ist noch kein preußischer Landwirtschaftsminister aufgestanden, der Maßnahmen gegen die Interessen der Junker ergriffen hat. Die Partei, welche die Interpellation wegen der Rebschädlinge eingebracht hat, um damit ihre Fürsorge für die Winzer zu erweisen, nimmt in der Fleischnotfrage eine Stellung ein, welche den Interessen dieses Berufs direkt widerspricht. Redner polemisiert dann noch in längeren Ausführungen gegen die Agrarier und den agrarischen Kurs der Regierung. Es ist nicht wahr, daß die Grenzen aus veterinären polizeilichen Gründen geschlossen worden sind, man fürchtet nicht die Seuchengefahr, sondern die Konkurrenz des Auslandes und damit eine Verschmelzung der agrarischen Gewinne.

Hierauf greift Staatssekretär Dr. **Delbrück** nochmals in die Debatte ein. Er präzisiert den Standpunkt der Regierung wiederholt dahin, daß von einer Fleischnot und einer damit zusammenhängenden Unterernährung des Volkes nicht gesprochen werden kann. Das nötige Quantum sei bisher immer vorhanden gewesen. Nach reiflicher Erwägung müsse der Reichskanzler die bestehenden veterinärpolizeilichen Maßregeln aufrecht erhalten. Die Regierung tue das auf Vorschlag des Reichsgesundheitsamts. Auch dürfe der Paragraph 12 des Fleischbeschaugesetzes nicht geändert werden. Deutschland könne seinen Fleischkonsum nur dann sicherstellen, wenn wir unsern Bedarf selbst zu produzieren in der Lage sind. Dazu bedürfen wir aber des veterinärpolizeilichen Schutzes unserer Viehzucht. Die soviel angegriffene sog. agrarische Wirtschaftspolitik sei durchaus richtig, denn sowohl das Nationalvermögen als auch die Bevölkerungsziffer hätten unter ihr stetig zugenommen und auch die Arbeiter hätten aus ihr Vorteil gezogen. Auch nach den Neuwahlen zum Reichstag würde der Kurs der Regierung ein agrarischer sein.

Abg. **Wachhorst de Wente** (natl.): Eine Fleischteuerung ist vorhanden, hat aber nicht zu einer Fleischnot geführt. Das Vorgehen der süddeutschen Regierungen, unter gewissen Kautelen eine Vieheinfuhr aus Frankreich zu gestatten, kann ich nur auf das lebhafteste beklagen. Man muß nach Möglichkeit bestrebt sein, die Viehproduktion zu heben. Der Bund der Landwirte war für höhere Futterzölle. Wenn die mittleren und kleinen Landwirte heute noch Vieh züchten können, so verdanken sie das uns und nicht den Führern des Bundes der Landwirte. (Lachen rechts.) Wir treten für die innere Kolonisation ein. Wenn auch nicht direkt, so hat doch indirekt der Bund der Landwirte überall der inneren Kolonisation entgegen gearbeitet. (Abg. Kreth: Unwahrheit!) Es ist eine Gemeinheit, mir das zuzurufen.

Vizepräsident **Schultz** ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. **Wachhorst de Wente:** Ich bin durch den Zuruf „Unwahrheit" beleidigt worden.

Vizepräsident **Schultz:** Der Vorwurf der objektiven Unwahrheit ist keine Beleidigung. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Abg. **Ledebour** ruft: „Sehr gut, daß ich das erfahre!" (Große Heiterkeit.)

Abg. **Wachhorst de Wente** weist auf Aeußerungen des Deutschen Fleischerverbandes gegen den Bund der Landwirte hin. Die Nationalliberalen seien durchaus bauernfreundlich. Wir haben auch für den Zolltarif gestimmt und nehmen als liberale Partei für uns das Verdienst in Anspruch, den Gedanken des Agrarstaates in weitesten Volkskreisen und besonders unter den Intellektuellen populär gemacht zu haben. Der Bund der Landwirte aber schafft Gegensätze zwischen Stadt und Land, die kaum noch zu überbrücken sind. (Lachen rechts, lebhafte Zustimmung links.) Darum wurde der Deutsche Bauernbund gegründet, um die Schäden zu verhindern, die durch die fanatische Verhetzung des Bundes der Landwirte entstehen.

Abg. **Kobelt** (b. k. F.): Ich will nur über die Fleischnot reden. (Heiterer Beifall.) Viel kommt aus der ganzen Aussprache nicht heraus. Wir haben eine Fleischnot, das spüren wir auch in der Reichstagsrestauration. (Heiterkeit.) Eigentlich sollte man von einer Viehnot reden, denn jetzt spannt man den Bauern die Ochsen vom Pfluge, weil sie ein selten schönes Stück Geld bringen. (Ohorufe rechts, „Das verstehen Sie nicht!") Schon Herr v. Podbielski sagte: Die Fleischnot ist nur vorübergehend. Dieses Wort scheint er an alle preußischen Landwirtschaftsminister in Erbpacht gegen zu haben. (Sehr gut!) Herr v. Schorlemer hält die Fleischnahrung für überflüssig; ich weiß nicht, ob er schon Vegetarier geworden ist. (Heiterkeit.) Die Regierung sollte rasch handeln, solange es noch Zeit ist.

Abg. **Linz** (Rp.) spricht im Interesse des westlichen Industriebezirks gegen seinen Fraktionsgenossen. Der Redner fordert von der Regierung, da die Debatte bisher eine Klärung der Ursachen der Fleischteuerung nicht gebracht hat, eine neue Enquete, die die Ursachen genau feststellen soll, damit die Reichsregierung eventuell in der Lage ist, durch gesetzgeberische Maßnahmen da helfend einzugreifen, wo es nötig sei.

Abg. **Wölzl** (Hosp. d. Natl.): Wir sind mit den Ausführungen unseres Fraktionsredners Dr. Paasche vollkommen einverstanden.

Abg. Dr. **Hahn** (B. d. L.): Herr Wachhorst de Wente hat hier eine Rede zu Gunsten des Bauernbundes gehalten. Der Hansabund wird aber mit dieser Rede Wentes nicht einverstanden sein. Redner verteidigt dann die Haltung des Bundes der Landwirte in der Futtermittelfrage. Deutschland würde von ausländischen Futtermitteln nicht abhängig gemacht werden. Wir haben dem Zollarif nur mit Rücksicht auf die kleine Landwirtschaft zugestimmt, nicht mit Rücksicht auf die Ostelbier. Herrn Wachhorst de Wentes Darlegungen über die innere Kolonisation wimmelten von Unrichtigkeiten. Wir wollen die Kolonisation organisch vornehmen, aber nicht zum Wohle der Güterschlächter und Landgesellschaften. Die innere Kolonisation kann nur Erfolge aufweisen, wenn sie von der Regierung großzügig durchgeführt wird. Wenn der Bund der Landwirte mit den Nationalliberalen nicht mehr zusammengeht, so ist das die Schuld der Nationalliberalen. Redner polemisiert weiter gegen den Bauernbund. Zum Schluß bemerkt Redner zu Herrn Wachhorst de Wente gewendet: Sie müssen in sich gehen, die Nationalliberalen verlassen, und müssen zum Bund der Landwirte kommen, denn das sind die Vorkämpfer der deutschen Landwirtschaft. (Stürmischer Beifall rechts.)

Abg. **Emmel** (Soz.) wendet sich gegen einige Aeußerungen der Vorredner, insbesondere stellt er in Abrede, daß die Löhne der Arbeiter wesentlich gestiegen seien.

Abg. **Fegter** (Vp.) fordert sofortige Oeffnung der Grenzen und Erleichterung der Einfuhr von Futtermitteln. Im weiteren Verlaufe übt Redner scharfe abfällige Kritik an der Politik des Bundes der Landwirte.

Nach einer kurzen Erklärung des Abg. **Löscher** (Rp.), der den Standpunkt der Regierung in dieser Frage teilt, wird die Diskussion geschlossen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgg. **Wachhorst de Wente, Rösicke, Dr. Hahn,** und **Nebel** vertagt sich das Haus auf morgen 11 Uhr. — Tagesordnung: Fortsetzung der übrigen Interpellationen, zunächst Interpellation über die Königsberger Kaiserrede.

Schluß 6,35 Uhr.

*

87. Sitzung, Sonnabend, 26. Nov.

Ein Vorgefecht zur Etatsberatung war die heutige Beratung der Interpellation über die Kaiserreden. Man nahm Fühlung miteinander, doch vorsichtig und tastend, künftige Zusammenstöße kündigten sich an, führten aber nicht zu Explosionen, wie man wohl erwartet hatte. Die Begründung Ledebours, des wildesten Wortführers der Sozialdemokraten, war auffallend zurückhaltend. Er erhielt nicht einen einzigen Ordnungsruf. Der Reichskanzler erwiderte polemisch ausholend, wie das sonst nicht seine Art ist, recht frisch, und schloß mit einer Apotheose der politischen Tätigkeit des preußischen Königstums und seines Volkes. Der Träger des ersteren dürfe der Zustimmung seines Volkes sicher sein, wenn er sich zu seinen Rechten und seinen Pflichten bekenne. mehr habe der Kaiser nicht getan. Und das sei sein verfassungsmäßiges Recht. Diese Ausführungen wurden wirksam durch das Zentrum und den Redner der Konservativen Herrn von Heydebrand unterstützt. Heydebrand beschränkte sich namentlich nicht auf die Abwehr, sondern kehrte den Spieß um und verlangte ein Einschreiten gegen die Sozialdemokratie, die die Freiheit töte. Darin sprang ihm nachher der Redner der Reichspartei bei. In ähnlichem Sinne gab auch die wirtschaftliche Vereinigung eine wohlstilisierte, aber kräftige Erklärung ab. Der Nationalliberale Bassermann hielt sich etwas in der Mitte und wies sehr glücklich darauf hin, daß die Sozialdemokratie erst ihre revolutionären Allüren ablegen müßte, wenn sie für eine bürgerliche Partei bündnisfähig sein wolle. Die Fortschrittler wollten der Interpellation eine Berechtigung zugestehen, wenn auch ihr Wortführer, der Württemberger Dr. Payer, dies sehr maßvoll begründete. Der sozialdemokratische Diskussionsredner Dr. David, ohnehin einer der gemäßigten Genossen, konnte durch eine lang ausgedehnte akademische Erörterung den Eindruck nicht verwischen, daß die Interpellation recht überflüssig gewesen sei. Man hatte in den späteren Stadien der über 5 Stunden währenden Verhandlung öfters tatsächlich das Gefühl der Langeweile, so daß der beabsichtigte Zweck kaum erreicht sein dürfte. Die Verhandlungen über die Pensionsverhältnisse der Privatangestellten brachten außer der schon vorher bestehenden Uebereinstimmung der Parteien in dieser Frage nichts anderes zu Tage, als einen sehr überflüssigen Zusammenstoß zwischen den Konservativen und den Fortschrittlern darüber, wer mehr oder weniger Mittelstandspolitik getrieben habe. Die Anfrage über die Rebschädinge wird die Regierung in der nächsten Woche beantworten.

Am Tisch des Bundesrates: Dr. **von Bethmann Hollweg,** Dr. **Delbrück, Kraetke, Lisko, Wahnschaffe, Richter.**

Das Haus ist stark, die Tribünen sind zu Anfang nur mäßig besetzt.

Präsident Graf **von Schwerin-Löwitz** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. mit der Verlesung der Eingänge.

Die Interpellation über die Königsberger Kaiserrede.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Sozialdemokraten:

„Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun in Ausführung der im November 1908 vom Fürsten Bülow als verantwortlicher Reichskanzler und zugleich im Namen des Kaisers im Reichstage abgegebenen Erklärungen, die durchbrochen worden sind durch die in diesem Jahre in Königsberg in Preußen und in anderen Orten vom Kaiser über seine staatsrechtliche Stellung abgegebenen Erklärungen?"

Reichskanzler **von Bethmann Hollweg** erklärt sich bereit, die Interpellation sogleich zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält zunächst das Wort Abg. **Ledebour** (Soz.): Im November 1908 ergab sich eine seltene Uebereinstimmung im Reichstag. Einmütig wurde der tiefgehenden Entrüstung über jene Reden und ihre Veröffentlichen Ausdruck gegeben, ohne Ausnahme bei allen Parteien. Herr v. Heydebrand und der Lase, der Führer der Konservativen, sagte damals: „Die Erregung, die die Ereignisse auch in den Kreisen meiner politischen Freunde hervorgerufen hat, ist groß und nachhaltig. Man würde dieser Erregung nicht gerecht werden, wenn man sie lediglich auf die letzten Veröffentlichungen und Erscheinungen zurückführen würde. Man muß ganz offen aussprechen, daß es sich hier um eine Summe von Sorgen, von Bedenken, und man kann auch wohl sagen, von Unmut handelt, der sich seit Jahren angesammelt hat." Das sagte Herr v. Heydebrand unter den Beifall- und Hört-Hört-Rufen seiner Freunde. Differenzen zwischen den Parteien bestanden damals nur darüber, was zur Beruhigung des Volkes, zur Verhütung ähnlicher Vorgänge in der Zukunft zu geschehen habe. Auch auf bürgerlicher Seite verlangte man gesetzgeberische Maßnahmen, die eine derartige Betätigung des persönlichen Regiments, eine derartige Schädigung der deutschen Politik verhindern sollten. Ein kleiner Teil des Hauses glaubte sich mit Erklärungen des Reichskanzlers und des Kaisers für die Zukunft begnügen zu können. Diese Erklärungen sind abgegeben worden. Wir Sozialdemokraten haben gar nichts dagegen, daß Kaiser Wilhelm II. so viel redet wie er will, daß er über alle möglichen Gegenstände, von denen er etwa versteht oder etwas zu verstehen glaubt, sich ausspricht. Vom rein agitatorischen Standpunkt aus können wir nur wünschen, daß er möglichst viel redet: denn keiner unserer Gegner wirkt so zur Aufklärung des Volkes und zur Pflügung des Bodens, in den der sozialdemokratische Gedanke hineingestreut wird. Wir verlangen, daß das ganze Volk die Möglichkeit erhalte, sich gegen Angriffe des Kaisers in der Oeffentlichkeit energisch zu wehren. Dieser Rechtszustand besteht noch nicht. Würde jemand die Angriffe des Kaisers mit gleicher Schärfe außerhalb des Hauses wiederholen, so würde man ihm bald eine Majestätsbeleidigungsklage an den Hals hängen. Das ist ein Kampf mit ungleichen Waffen, den wir für unfair halten. Wir verlangen, daß gesetzgeberische Schranken dagegen errichtet werden, daß der Kaiser seine individuelle Auffassung über seine staatsrechtliche Stellung durch selbstherrliche Eingriffe in die Politik des Landes betätigt. Wir tun das im allgemeinen Interesse des deutschen Volkes, weil durch dies selbstherrliche Eingreifen das Ansehen, die Ehre und die Sicherheit Deutschlands auf das schwerste gefährdet werden und auch bereits gefährdet worden sind. Niemand anders als Fürst Bülow hat an dieser Stelle jene Betätigung des Kaisers als ein Unglück bezeichnet. Und der Kaiser hat damals versprochen, auch in Privatgesprächen die nötige Zurückhaltung zu beobachten. „Wäre dem nicht so" — so erklärte Fürst Bülow — „so könnte weder ich noch einer meiner Nachfolger die Verantwortung tragen." Auch im „Reichsanzeiger" stand ausdrücklich, daß der Kaiser den Vortrag des Reichskanzlers darüber mit großem Ernste entgegennahm und seine Erklärung ausdrücklich billigte.. Damals hat der Kaiser das bindende Versprechen abgegeben, derartige Eingriffe in die Politik des Reiches, jede derartige Betätigung eines selbstherrlichen Regiments nicht zu wiederholen und sogar in Privatgesprächen über politische Dinge sich einer entsprechenden Zurückhaltung zu befleißigen. Damals glaubte die Mehrheit dieses Hauses und des Volkes, sich dabei beruhigen zu können. Anderthalb Jahre lang ist auch nichts geschehen. Auf einmal wurde es anders. Der Kaiser hat in Königsberg auf dem Feste der Provinz Ostpreußen eine feierliche Rede gehalten. Er erging sich zunächst, wie es bei ihm Brauch ist, in einer Verherrlichung von Mitgliedern seiner eigenen Familie. Auf diesen Familienkultus will ich nicht eingehen, auch nicht darauf, ob er mit

den historisch erwiesenen Tatsachen und dem guten Geschmack im Einklang steht. Der Kaiser sagte, Wilhelm I. habe sich die Krone von Preußen aus eigenem Recht aufs Haupt gesetzt: und er habe noch einmal bestimmt hervorgehoben, daß sie von Gottes Gnaden ihm verliehen sei und nicht vom Parlament, nicht von Volksversammlungen und nicht auf Grund von Volksbeschlüssen, und daß er sich als auserwähltes Instrument des Himmels betrachte. (Ein Sozialdemokrat ruft: Lächerlich!) Ohne Rücksichten auf Tagesansichten und Meinungen gehe er seinen Weg. Diese Sätze sind die offenkundige Verkündigung und Betätigung des Gottesgnadentums und persönlichen Regiments. Nur ihr scheint heutigen Tages der männliche Geist, der damals die Rede des Herrn v. Heydebrand beseelte, vollständig verschwunden zu sein. Dann weiter: Die Auffassung des Kaisers über die Frau! Etwas mehr sollte der Kaiser von der wirtschaftspolitischen Entwicklung des Vaterlandes doch kennen. Die Frauen werden heute zu Millionen hereingerissen in das Erwerbs- und Wirtschaftsleben der ganzen Nation. Sie müssen in stetem Tageskampf, in schwerer Not sich und den Ihren ihr Brot erwerben unter viel ungünstigeren Verhältnissen als die Männer. Deshalb müssen sie sich in öffentlichen und in wirtschaftlichen Organisationen betätigen. Wir können das besser beurteilen als der Kaiser, der durch die Höflingsbrillen vom Leben des Volkes überhaupt nichts sieht. Welche tiefgehende Empörung muß bei diesen Worten unter den deutschen Frauen entstanden sein! Diese Empörung wird weiter arbeiten, und ich hoffe, daß Wilhelm II. es noch erleben wird, daß die Frauen sich ihre Rechte erobern, auch gegen seinen Willen. Trotz des feierlichen Versprechens hat der Kaiser es für angebracht gehalten, sich wieder selbstherrlich zu betätigen. „Auf den Rüstungen beruhe der Friede", erklärte der Kaiser. Das ist falsch! Wir wirken für den Frieden. Aber auch bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein arbeitet man mit Eifer. Dabei muß man auch des großen russischen Dichters und Denkers, Tolstois, sich erinnern, der vor einigen Tagen im Banne der Kirche begraben wurde. Wir müssen fragen, wie der Kaiser seine Königsberger Rede mit seinem kaiserlichen Versprechen vereinbaren kann. Ein Monarch kann auf die Dauer nicht gegen den Willen des Volkes regieren, sonst kommt es schließlich zu einer Beseitigung, entweder seiner selbst oder der monarchischen Institution. Jetzt will Kaiser Wilhelm das selbstherrliche Regiment populär machen. Dazu hat er den Segen der katholischen Geistlichkeit nachgesucht, er hat die Hilfe der Benediktiner der gesamten katholischen Geistlichkeit, der katholischen Kirche für seine Auffassung des selbstherrlichen Regimentes aufgerufen. Der Weg, den er gehen will, ist derselbe, den auch der junge König von Portugal gegangen ist, der auch mit solchen Ansichten erblich belastet war, und der bei Nacht und Nebel aus dem Lande hinaus mußte. Wir wollen wissen, wie der Reichskanzler über die letzten Kaiserreden denkt. Es genügt uns nicht, zu wissen, was irgend ein Anonymus in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" dazu sagt. Wir fordern, daß etwas getan wird gegen das selbstherrliche Regiment. Die Minister dürfen nur ausübende Organe des Volkes sein. Kein Reichskanzler darf ernannt werden, der nicht getragen wird vom Volkswillen. Wir verlangen die Einführung des Referendums. Herr v. Heydebrand bläst ja schon zum Kampf gegen die Sozialdemokratie. Da will wohl auch der Freisinn mittun. Dr. Pachnicke möchte allerdings lieber mit Herrn von Heydebrand unter Führung Kaiser Wilhelms II. eine große Kavallerieattacke gegen uns reiten. Wir würden uns freuen, wenn die Liberalen als unsere Bundesgenossen kämpfen, wenn unser Bürgertum sich am englischen ein Beispiel nehmen würde. Das ist der einzige Weg, den die Liberalen einschlagen können, um sich aus der Lage zu retten, in die sie durch die Blockpolitik geraten sind. Wir werden es Ihnen erleichtern, mit uns zu kämpfen. Wenn sie aber nicht wollen, so sagen wir: Und wenn die Welt voll Teufel wär', wir werden sie doch besiegen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler **von Bethmann Hollweg:** Bevor ich zur Beantwortung der Interpellation selbst übergehe, wende ich mich mit einigen Worten zu den Ausführungen meines Vorredners. Die Darlegungen, die uns der Abg. Ledebour soeben in dem zweiten Teile seiner Rede gegeben hat, erweisen, wie recht der „Vorwärts" hatte, als er vor einigen Tagen ankündigte, der Zweck der heutigen Interpellation sei die Aufrollung der Verfassungsfrage. Die Ausführungen des Abg. Ledebour zeigen durchaus klar, daß er und seine Partei bei dieser Aktion nicht von der Sorge um das Gemeinwohl, nicht von der Absicht, verfassungsmäßige Institutionen zu schützen, geleitet werden, sondern im Gegenteil von einer leidenschaftlichen Gegnerschaft gegen unsere Verfassung erfüllt sind. (Lebhafte Zustimmung rechts, Lärm und Lachen bei den Soz.) Der Abg. Ledebour hat sich ja soeben mit klaren Worten für seine Partei zum Republikanismus bekannt. (Zurufe der Soz.: Ist denn das etwas Neues?) Nein, meine Herren, es ist nicht neu. Sie haben von jeher dieses Prinzip verfolgt. Das haben wir gewußt, aber es hat kaum eine Zeit gegeben, wo sie mit diesem Endziele so klar vor die Oeffentlichkeit getreten sind, wie heute. (Lachen und Widerspruch bei den Soz.) Und es ist gut, daß Sie das tun, daß das ganze Land sieht, zu welchem Ziele Sie steuern. Wenn sich der Abg. Ledebour zur Aufgabe gestellt hat, das zu erreichen, so kann ich ihn zu seinem Erfolge beglückwünschen. (Sehr wahr! rechts.) Ob er im übrigen bei der Begründung der Interpellation dasselbe Glück gehabt hat, darüber wird der Reichstag nachher zu entscheiden haben.

Auf die Interpellation selbst habe ich folgendes zu erklären: Die Interpellation geht von der Annahme aus, Se. Majestät der Kaiser habe im November 1908 dem Reichstag durch den Reichskanzler Fürsten von Bülow Erklärungen gegeben, mit denen er sich durch Aeußerungen in Reden dieses Jahres in Widerspruch gesetzt habe. Diese Annahme ist falsch: Im Anschluß an die Debatten, die hier im Hause geführt worden sind, ist zur selben Zeit, wie Herr Ledebour ja auch selbst mitgeteilt hat, durch den „Reichsanzeiger" mitgeteilt worden, daß Se. Majestät der Kaiser durch den Reichskanzler Fürsten Bülow, unter Billigung seiner Ausführungen im Reichstage und unter Bekundung seines andauernden Vertrauens, seinen Willen dahin kundgegeben habe, daß er numehr, von den als unrichtig empfundenen Uebertreibungen der öffentlichen Kritik veranlaßt, seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin erblicke, die Steigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern. Mit dieser Erklärung im „Reichsanzeiger" ist der Oeffentlichkeit gegenüber eine Mitteilung erfolgt, wie der Kaiser seine staatsrechtliche Stellung und die Pflichten seines Herrscheramtes auffaßt. Mit diesen Auffassungen hat sich Seine Majestät der Kaiser nicht in Widerspruch gesetzt, und er hat insonderheit nichts getan, — ich stelle es des weiteren fest — durch Aeußerung, die er seither getan. (Sehr richtig! rechts.) Trotz der sehr eingehenden Darlegungen ist uns der Abg. Ledebour den Gegenbeweis schuldig geblieben. Es ist mir völlig unerfindlich, wie man aus der Beuroner Ansprache, aus der Ansprache an die Rekruten, aus den Aeußerungen des Kaisers zu Königsberg über den Beruf der Frauen, über die Friedensbürgschaft, die ein starkes Heer liefert, — es ist mir unerfindlich, wie man aus diesen Aeußerungen folgern kann, daß der Kaiser die Grenze seines konstitutionellen Herrscheramtes überschritten oder die Stetigkeit der Politik, die Autorität der Krone gefährdet hätte. (Sehr richtig!) Die Königsberger Rede, die der König von Preußen vor Angehörigen einer preußischen Provinz gehalten hat, enthält auch nicht, wie man ihr nachgesagt hat, eine Bekundung absolutistischer, mit unserer Verfassung unvereinbarer Anschauungen, wohl allerdings eine starke Betonung desjenigen monarchischen Prinzips, auf dem das preußische Staatsrecht beruht (Sehr wahr! rechts), verbunden mit dem Ausdruck einer tiefreligiösen Ueberzeugung, die in weiten Schichten des Volkes verstanden (Sehr richtig!) und auch geteilt wird. (Lauter wiederholter Beifall rechts und im Zentrum). Die Könige von Preußen sind in einer jahrhundertelangen Entwicklung mit ihrem Volke verwachsen. Diese Entwicklung habe sich nicht so vollzogen, daß es das Volk gewesen sei, das sich ein Königtum gesetzt hätte, sondern in einer fast beispiellosen historischen Arbeit großer Herrscher aus dem Hause Hohenzollern, die an der Tüchtigkeit und Fähigkeit der Bevölkerung eine lebendige Stütze fanden, ist ein preußisches Staatswesen erst zusammengeschmiedet worden. Deshalb sind die preußischen Könige auch dem Volke gegenüber Könige aus eigenem Recht. (Lebhafter Beifall rechts, Lachen bei den Soz.) Meine Herren! Ihr Gelächter stößt die Geschichte nicht um. Wenn nun die Regierung aufgetreten ist, auch in Preußen den König wie einen vom Volke bestellten Würdenträger zu behandeln, so darf man sich nicht wundern, wenn der König das Bewußtsein, keiner Volkssouveränität zu unterstehen, stark betont. (Beifall rechts.) Die persönliche Unverantwortlichkeit des Königs, die Selbstständigkeit und Ursprünglichkeit des monarchischen Rechtes, das sind Grundgedanken des preußischen Staatswesens, die auch in der Periode konstitutioneller Entwicklung lebendig geblieben sind. Gibt hier der König von Preußen in der altpreußischen Königsstadt, der durch die Tradition geheiligten Form der Ueberzeugung Ausdruck, beruft er sich im Gegensatz zu Tagesmeinungen auf sein Gewissen, die Richtschnur seines Handelns, so geschieht das aus dem Bewußtsein der Fülle seines Rechtes und seiner Pflichten. (Sehr richtig! rechts.) In dieser Auffassung von der Stellung des Kaisers und des Königs stehe ich auf verfassungsmäßigem Boden. Diesen Boden werde ich festhalten, und ich werde ihn verteidigen getreu der mir obliegenden Verantwortung, (Zuruf von den Soz.: Wie lange?), die ich nur durch mein Amt und durch meine politische Ueberzeugung bestimmen lassen werde. (Lebhafter Beifall rechts).

Auf Antrag **Singer** (Soz.) wird einstimmig die Besprechung beschlossen.

Zunächst erhält das Wort Freiherr **v. Hertling** (Zentrum).

Abg. Frhr. **v. Hertling** (Zentr.): Für diese Interpellation fehlt jede Berechtigung. (Sehr richtig im Zentrum und rechts.) Nur bindende Erklärungen können gebrochen werden. Solche lagen aber nicht vor, nur fromme Wünsche. Wenn der Kaiser gesagt hat, er fühle sich als Instrument des Himmels, so will er damit nur der modernen Auffassung Ausdruck geben, daß unser Staatsleben auf der christlichen Gesinnung beruhen muß. Wir müssen alle zusammenstehen, um an den Grundlagen unseres religiösen Lebens nicht rütteln zu lassen. (Lebh. Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. v. **Heydebrandt** (kons.): Wir empfinden es geradezu als eine Herausforderung unseres monarchischen und christlichen Empfindens, daß hier der Reichskanzler gefragt werden kann, ob der Kaiser noch ein Mann selbständiger eigener Ueberzeugung bleiben darf. (Zuruf des Abg. **Ledebour**: Haben Sie 1908 selbst getan!) Das ernste Wort der Mahnung muß wiederholt werden, wie lange wir dieses Unterwühlen unserer monarchischen und christlichen Gesinnung uns noch ansehen werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Bassermann** (natl.): An der Erklärung des Fürsten Bülow, daß weder er noch sein Nachfolger weiter die Verantwortung tragen könne, wenn der Kaiser störend in die Staatsgeschäfte eingreife, soll man nicht drehen und deuteln. Aber wenn ich daran denke, von welcher Liebe zu seinem Lande und Volke der Kaiser getragen ist, so kann ich nicht anerkennen, daß in der Königsberger Rede ein Bekenntnis zum Absolutismus liegt. Warum soll der Kaiser nicht aussprechen, daß er über den Meinungen des Tages steht? Aber den Sozialdemokraten gebe ich zu bedenken: Wollen Sie ein Zusammengehen mit anderen bürgerlichen Parteien, so lassen Sie von Ihrem Republikanismus. Je mehr Sie diesen betonen, desto mehr werden die bürgerlichen Parteien sich anlehnen an eine starke Monarchie. (Lebh. Beifall bei den Natl.)

Abg. **v. Payer** (Fortschr. Vp.): Die Königsberger Rede ist nicht hinwegzudisputieren. Weshalb hat sie denn der Kaiser selbst durch die Marienburger Rede so wesentlich eingeschränkt? (Sehr richtig! links.) Seine Auffassung läßt sich weder mit der Verfassung noch mit dem modernen Staatsrecht in Einklang bringen. (Beifall links.) Redner kritisiert die kaiserlichen Ansprachen der letzten Zeit im einzelnen und macht der Rechten

Für den Weihnachtstisch empfiehlt

MAX WITTE

— Lüdenscheid —

Geschenk-Artikel.

Damen-Wäsche

als:

Hemden, Hosen, Nachthemden, Nachtjacken, Untertaillen etc. in vollendeter Auswahl.

Taschentücher in glatt Leinen, mit Hohlsäumen, sowie bedeutende Sortimente in

Madeira-Tüchern, Stück von 65 Pf. bis 4.50 Mk.

Entzückende Neuheiten in Schweizer Stickerei-Tüchern, sowie schönen Herren Taschentüchern.

Kissen-Bezüge

völlige Grösse, gediegene Stoffe und Verarbeitung, Stück von Mk. 1.20 bis Mk. 7.50.

Schürzen für **Damen** und **Mädchen.**

Neu eingetroffen, reizende Neuheiten.

Schwarze seidene Schürzen, sowie weisse und farbige Teeschürzen.

Willst du Richter sein?

Roman von Maximilian Böttcher.

(31. Fortsetzung.)

Auf Gottfried machte der Umstand, daß er da mit einem Schlage und ohne es zu wollen, zum Mittelpunkt des Interesses von Hunderttausenden, ja, beinahe so etwas wie ein für kurze Zeit berühmter Mann geworden war, nur in den ersten Tagen stärkeren Eindruck. Bald genug fragte er sich, was ihm dies alles sollte. Daß er unschuldig war, das wußte er ja doch am besten. Ihm war es ja doch vonAnfang an nur darauf angekommen, ihm kam es ja doch auch jetzt nur noch darauf an, daß seine Unschuld nicht sowohl von der öffentlichen Meinung, als vielmehr von den ordentlichen Gerichten anerkannt, daß die entehrende Strafe ihrem Sinne und ihrer Tendenz nach kraft des herrschenden Rechtes von ihm genommen, daß er in aller Form von einem staatlichen Gerichtshofe „im Namen des Königs" freigesprochen würde. Und wenn ihm auch keine Macht der Erde die fünf Jahre, die er im Zuchthaus gesessen, die man ihm von seinem Leben, von seiner Jugend gestohlen, ersetzen konnte, war da nicht immer noch die Schmach der Aberkennung der Bürgerrechte, die formell und tatsächlich an ihm klebte?

Der Verfasser des Vorwortes, dem Gottfried für seine freundliche Gesinnung in einem kurzen Brief gedankt, hatte ihm geschrieben: Die Justizbehörde gleiche, wie anderen Behörden auch, einer mit Gewichten beschwerten Wanduhr, die, ob sie auch aufgezogen wäre, doch erst immer noch den üblichen Anstoß erhalten müsse, um in regelrechten Gang zu kommen. So packte Gottfried denn ein sauber aufgeschnittenes Exemplar seines Buches mit einer erklecklichen Anzahl von Artikeln angesehener Zeitungen zusammen und schrieb dazu — er wußte selbst nicht genau, zum wievielten Male er's nun wohl tat — auf einen weißen, fein in der Mitte geknifften Foliobogen mit Respektblatt den vorschriftsmäßigen Antrag auf Wiederaufnahme des gegen ihn anhängig gewesenen Verfahrens wegen Totschlags. Und durch die Stimmen so vieler Gutmeinender wie berauscht, wartete er diesmal in felsenfester, unerschütterlicher Zuversicht und darum seelenruhig auf die Entscheidung des zuständigen Gerichts und dehnte und streckte sich bei all seiner bescheidenen Sinnesart derweile in der Sonne des allgemeinen Wettbewerbs um seine Freundschaft, die seine Landsleute mit ganz verschwindenden Ausnahmen nun wieder über ihm scheinen ließen. Denn vor dem gedruckten Wort hatten auch die Rodenauer Bauern einen unbändigen Respekt; und wurde in hundert und mehr Zeitungen, noch dazu von Leuten, die den Doktor-, oder Professortitel hatten, die bündige Ansicht niedergeschrieben, daß der Friedel Reinhardt unschuldig wäre, nun so war er eben unschuldig, und das Gericht hatte sich wieder mal geirrt; haha! Leider Gottes ja nicht zum erstenmal, wenn's auch eine Schmach und Schande blieb, daß in einem geordneten Staatswesen einem fleißigen und strebsamen Manne so etwas passieren konnte! Das erste aber, sobald der neue Gerichtshof nun mit gründlich aufgeknöpften Augen seinen Freispruch gefällt haben würde, müßte sein, daß der Friedel Reinhardt in die Gemeindevertretung käme, sagten die jungen Bauern und Kossäten in Rodenau, denen das eigenmächtige Regiment Plathes und Brückners schon längst nicht mehr behagte. Denn an Menschen von so auffällig hellem Kopf und so anständiger Gesinnung, wie der Friedel Reinhardt sie hätte, wäre in Rodenau gerade kein Ueberfluß. Auch müsse, wie man so höre, der Friedel nun, da er unter die Schriftsteller gegangen sei, ja ein riesiges Stück Geld verdienen . . . denn hatte sich der Rodenauer Jagdpächter, der doch auch Schriftsteller war, nicht eben am See einen netten Landkomplex zum Bau einer Villa gekauft, hielt er sich nicht Auto und Pferde und hatte er nicht neulich in der „Krone" beinahe neidisch gesagt: auf eine pekuniäre Entschädigung für die erlittene Strafe könne Herr Reinhardt in Anbetracht des großen Erfolges, den sein Buch habe, jedenfalls verzichten. Und schon von wegen der Kommunalsteuer wäre es doch höchst ärgerlich, wenn Gottfried Reinhardt etwa als reicher Mann seinem Heimatsort untreu werden würde!

Plathe aber mußte sich, noch dazu von seinen besten Freunden, allerhand ärgerliche Sticheleien gefallen lassen. Hatte er Erna, um sie nicht erneutem peinlichen Gerede auszusetzen, doch wirklich mit dem jungen Brückner verlobt, obgleich dieser von seiner militärischen Uebung o h n e das Reserveleutnantspatent heimgekehrt war und darum notgedrungen auch auf die Polizeileutnantskarriere hatte Verzicht leisten müssen. Gewiß sah der junge Mann auch als demnächstiger Mitbesitzer der Gräbertschen Schneidemühle, in deren Betrieb er als Volontär eingetreten war, einer schönen Zukunft entgegen. Aber da Brückner senior, über den Stolz seiner Familie bis ins Innerste enttäuscht, zornwütig erklärt hatte, er rücke „für den Lümmel" im ganzen Leben keinen Pfennig mehr heraus, so war es klar, daß Plathe die Kosten für diese schöne Zukunft ganz allein zu tragen haben würde. Und jedenfalls hätte Erna wohl zu einem schlanken Säbel und einer silberbetreßten Uniform ein freundlicheres Gesicht gemacht, als sie es Waldemar Brückners nichtssagendem Zivilanzug gegenüber beharrlich aufzusetzen beliebte.

Auf die endliche Wiederaufnahme des Verfahrens, auf auf die Ansetzung des Termins, in dem Gottfried mit allen Ehren freigesprochen und in seinen guten Ruf und seine Bürgerrechte wieder eingesetzt werden sollte, warteten die jungen Rodenauer Bauern, die Gottfried gleichaltrigen, eigentlich mit größeren Schmerzen als dieser selbst.

Nun, wo es doch langsam einzuwintern begann, und wo sie also Zeit genug zu a stundenlangen Beisammenhocken hatten, debattierten sie sich in eine immer größere Unzufriedenheit mit dem im Dorf herrschenden Regiment der Plathes, Brückners und der anderen Alten hinein. Denn auch in Rodenau hatten die Jungen ihre Köpfe für sich, wußten alles besser als die Alten, fühlten sich unterdrückt und geknebelt und dachten: Wenn wir nur erst am Ruder sind, dann kommt die goldene Zeit!

Keiner aber war so hitzig und so erbittert wie des frommen Kossäten Seeger einziger Sohn Gustav. Ende September vom Militär entlassen, wollte er, da sein Vater an ein sachtes Verschwinden im tatenlosen Altenteil beileibe nicht dachte, teils aus Liebe, teils aus Berechnung in eine Kossätenwirtschaft hineinheiraten, deren Eigentümer plötzlich weggestorben war, brauchte aber, um die Schwester seiner Braut abzufinden, einige tausend Mark und hatte darauf gerechnet, daß sein Vater die paar Morgen Land an der Zerlitzer Grenze an die Rieselfelder abstoßen und den Erlös ihm als Abschlagszahlung auf sein späteres Erbe geben würde. Nun aber erfuhr er, daß ihm Plathe mit der Gründung seines Schutzverbandes vor diesen schönen Plan einen Riegel geschoben hatte. Und als er den Gemeindegewaltigen bat, er möchte wenigstens die Hälfte der zwanzig Morgen, mit denen sein Vater im Vertrag stand, wieder freigeben, lehnte dieser schroff ab. „Was geschrieben ist, ist geschrieben! An die Rieselfelder wird nischt verkauft. Wenn du aber durchaus Geld brauchst dann will ich euch die zwanzig Morgen abnehmen — den Morgen mit fünfhundert Mark, was für den miserablen Boden gewiß ein Heidengeld ist." Da die Stadt Berlin aber für das früher erworbene Land tausend Mark gezahlt hatte, und Friese jetzt sogar zwölfhundert bot, so wollte weder der alte noch der junge Seeger auf diesen Vorschlag eingehen; an eine Verletzung des Vertrages aber war auch nicht zu denken, da Plathe in raffinierter Weise die Konventionalstrafe pro Morgen auf tausend Mark festgesetzt hatte. (Forts. folgt.)

den Vorwurf, daß sie sich zwar von der Auffassung von 1908 nicht losmacht, sie aber ihres inneren Kernes beraubt habe.

Abg. Dr. **David** (Soz.): Selbstverständlich verwehren wir es dem Kaiser nicht, sich zum Christentum zu bekennen. Hier handelt es sich aber darum, daß der Kaiser aus seinem Bekenntnis staatsrechtliche Konsequenzen bestimmter Art zieht. Früher wurde aufs Höchste anerkannt, daß der Kaiser sich Zurückhaltung auferlegt habe, jetzt wird gesagt, er habe sich diese Zurückhaltung nicht auferlegt, vielmehr seine Auffassung des Gottesgnadentums dahin interpretiert, daß er in seinem Tun nur vor Gott verantwortlich sei und deshalb von seinen Untertanen das Recht der Mitarbeit verlangen könne. Wir sind keine Untertanen, sondern freie Staatsbürger. (Lebh. Beifall links.) Wenn alles von Gottes Gnaden ist, so ist es doch auch Gottes Wille, daß die sozialdemokratischen jetzt wieder so zugenommen haben. (Heiterkeit. Sehr richtig!) Sie werden es nicht aufhalten können, daß wir auch in Deutschland bald zu anderen Einrichtungen kommen müssen, wie sie in Westeuropa schon bestehen.

Abg. **Dirckfen** (Rp.): Die ganze Interpellation ist überflüssig. Leider können wir das nicht durch einen Beschluß aller bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Linksliberalismus, feststellen, da uns die Geschäftsordnung keine Handhabe dazu bietet. Ein Gutes hat die Interpellation gehabt! Nämlich das Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Republik. Den Staatsstreich hat Herr v. Heydebrandt nicht gefordert. Die Hetze gegen den Kaiser verurteilen wir. Wir haben volles Vertrauen zu den Hohenzollern, mit denen wir groß geworden sind, mögen sie so bleiben, wie sie sind. (Beifall.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (W. Vgg.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, wonach diese den Reichstag als unzuständig in der vorliegenden Frage erklärt.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Damit ist die Interpellation über die Kaiserreden erledigt. Es folgt die freisinnige Interpellation über die **Pensionsversicherung der Privatangestellten.**

Abg. Dr. **Mugdan** (F. V.) begründet die Interpellation und fragt an, ob noch in dieser Session eine Vorlage über die Privatbeamtenversicherung kommen werde.

Staatssekretär Dr. **Delbrück** erklärt, daß der Entwurf ausgearbeitet sei und dem preußischen Staatsministerium vorliege. Jedenfalls werde die Angelegenheit nach Kräften gefördert.

Abg. Dr. **Drösch**er (kons.) begrüßt die Erklärung des Staatssekretärs und wirft der Fortschrittlichen Volkspatei vor, daß sie die Interpellation nur aus Wahlrücksichten eingebracht habe.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. **Nacken** (Zentr.), **Liebermann v. Sonnenberg** (W. V.), **Schmidt** (Soz.) und **Beck**-Heidelberg (natl.) schließt die Aussprache.

Das Haus vertagt sich auf Montag 2 Uhr. — Tagesordnung: Schiffahrtsabgaben. — Schluß 5½ Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 25. Nov. Bald nach seiner Wahl in den Reichstag hat Professor Spahn den förmlichen Antrag gestellt, sich der Zentrumsfraktion anschließen zu dürfen. Alsbald ist jedoch ein heute noch aufrecht erhaltener und so stark unterstützter Gegenantrag beim Vorsitzenden eingebracht worden, daß, bislang jedenfalls, ein von bestimmter Seite versuchter Druck auf die Parteientschließung, die Aufnahme des jüngeren Spahn beim Zentrum durchzusetzen, ebenso ergebnislos geblieben ist wie alle Vermittelungsversuche. Vorläufig besteht also nicht viel Aussicht, daß der „keiner Fraktion angehörige" Sohn des ersten Vizepräsidenten das gewünschte Unterkommen findet.

Berlin, 26. Nov. Wie die Deutsche Tageszeitung von gut unterrichteter diplomatischer Seite erfährt, ist es bei der Zusammenkunft des Zaren mit Kaiser Wilhelm in Potsdam zu einem Uebereinkommen zwischen Deutschland und Rußland bezüglich der russischen Interessensphären in Persien gekommen. Die Basis dieses Uebereinkommens besteht darin, daß Rußland der Fortsetzung der Bagdadbahn nach Persien — (die doch schon lange kein deutsches Unternehmen mehr ist) — zustimmt. Selbstverständlich habe Rußland erklärt, daß es innerhalb seiner Interessenssphäre das Prinzip der offenen Tür streng beobachten werde.

Berlin, 26. Nov. Das Londoner Daily Chronicle veröffentlichte vor etwa drei Wochen eine Zuschrift, die einen Brief behandelte, der den Anschein erweckte, als wenn er vom persischen Regenten herstamme. Wie der hiesige persische Botschafter nunmehr versichert, ist dies nicht der Fall. In dem Schreiben war u. a. auch, wie das B. T. meldet, die Perserversammlung in Konstantinopel erwähnt. Der Verfasser des Briefes versicherte, „das eiserne Joch des Kaisers" würde Persien ebenfalls „mit russischen Fesseln" zermalmen. Der Botschafter sagt hierzu, das Bestreben des Regenten, dessen hohe diplomatische Einsicht bekannt ist, wird im Gegenteil darauf gerichtet sein, die guten Beziehungen zwischen Persien und den Großmächten zu erhalten und noch inniger zu gestalten und alle bestehenden Schwierigkeiten auf freundschaftlichem Wege zu beseitigen.

Posen, 26. Nov. Die Ernennung des Kanonikus Kloske zum Weihbischof in Gnesen hat im Polenlager bedenklicherweise befriedigt. Man rühmt ihm nach, daß er den Polen stets habe hohe Gerechtigkeit widerfahren lassen. Selbst der „Lech" schreibt: „Wir haben das Vertrauen zum Bischof Kloske, daß er als rechter Hirt sich den Bestrebungen der Regierung männlich entgegenstellen, als Werkzeug im Kampfe gegen die polnische Gemeinschaft nicht mißbrauchen lassen werde. Dann und nur dann kann Frieden und Harmonie zwischen der polnischen Gemeinschaft und ihren kirchlichen Oberen herrschen."

München, 26. Nov. Der protestantische Religionslehrer am humanistischen Gymnasium, Professor D. Brunner in Fürth, der nach einem Glaubenserlaß des bayerischen protestantischen Oberkonsistorialpräsidenten seinen Behörden gegenüber erklärte, daß er aus wissenschaftlichen Gründen nicht mehr auf dem Boden der neuerdings erklärten christlichen Lehre stehe, ist vom Kultusminister mit dem gesetzlichen Wartegeld von ¼ des zuletzt bezogenen Gehaltes einstweilen in den Ruhestand versetzt worden.

Deutsche Kolonien.

Berlin, 26. Nov. Major Dominik von der Schutztruppe für Kamerun ist an einem früheren Leiden erneut erkrankt und tritt voraussichtlich Anfang Dezember die Heimreise an. Dem energischen und umsichtigen Eingreifen des genannten Offiziers ist erst vor kurzem die Niederwerfung des Maka-Aufstandes im Süden Kameruns trotz der Ungunst des Geländes und der Regenzeit unerwartet in schneller und erfolgreicher Weise gelungen.

Von Nah und Fern.

Berlin, 26. Nov. Der L.-A. berichtet, daß die Witwe Tolstois schwer erkrankt ist. Sie hat hohes Fieber. Der Familie Tolstois sind gegen 25 000 Beileidstelegramme zugegangen. Die Eröffnung des Testamentes Tolstois findet nächste Woche statt.

Petersburg, 27. Nov. Tolstoi hat seine letztwilligen Verfügungen über seine Werke kurz vor seinem Tode schriftlich niedergelegt. Danach gehen alle Werke, die er in den letzten Jahren verfaßt hat, in den Besitz seiner Familie über. Seine Tochter Alexandra beauftragt Tolstoi mit der Herausgabe dieser Werke unter der Bedingung, daß der ganze Ertrag der ersten Auflage dazu verwandt wird, Jasnaja Poljana, das 800 Deßjatinen groß ist, zum besten der Bauern von Jasnaja Poljana, denen er sein Gut vermacht, auszukaufen. Nach dem Verkauf der ersten Auflage werden die Werke Tolstois Allgemeingut. Die Mehrzahl der ungedruckten Manuskripte befindet sich im Besitz Tscherkows.

Warschau, 27. Nov. Aus Jasnaja Poljana wird gemeldet: Tolstois Leibkutscher hat aus Gram über den Tod seines Herrn Selbstmord verübt. Er schnitt sich gestern am Grabhügel Tolstois mit einem Küchenmesser die Pulsadern auf und starb infolge Verblutung. Bauern aus der Umgebung, die täglich zu dem Grabe Tolstois gehen, fanden die Leiche. Der Kutscher war derselbe, der Tolstoi auf seiner Flucht nach dem Bahnhofe gefahren hatte.

Rouen, 26. Nov. Vor dem hiesigen Schwurgerichte wurde gestern gegen sieben Arbeiter verhandelt, die angeklagt waren, gelegentlich des Kaiarbeiterausstandes in Havre im September dieses Jahres den Führer einer Kolonne von Arbeitswilligen totgeschlagen zu haben. Von den Angeklagten wurde einer zum Tode, einer zu 15 Jahren und zwei andere zu acht Jahren Zwangsarbeit und letztere drei außerdem zur Zahlung einer Entschädigung von 20 000 Franken verurteilt. Drei andere Angeklagte wurden freigesprochen. Für den zum Tode Verurteilten beschloß das Gericht, ein Gnadengesuch einzureichen.

Oertliches und Allgemeines.

Lüdenscheid, 28. November.

Advent.

Die letzten Wochen vor dem Weihnachtsfeste haben im christlich-kirchlichen Leben ihre besondere Bedeutung. Es ist die Adventszeit. Die Kirche rüstet sich auf die Ankunft des Herrn. Die Gottesdienste haben ihr entsprechendes Gepräge. In der Predigt wird der alten messianischen Weissagung gedacht, daß aus dem kleinen Bethlehem der Herr Israels und der Welt kommen sollte, welches Ausgang von Anfang und von Ewigkeit her gewesen sei. Die Adventsbotschaft klingt wie ein freundlich harmonischer Harfenton durch die Welt. In den Straßen ein hastiges, geschäftiges Treiben, in den Häusern ein frohes Verstecken und Rumoren, die Vorfreude und die Vorarbeit aufs Fest. Da spricht Advent: Christenleute, vergeßt nur die große Hauptsache nicht! Und die besteht schließlich doch darin, daß der Welt und all ihrem Trubel die Heilandsgestalt wieder mal deutlich vor die Seele treten soll. Man hat ihn den Schönsten unter den Menschenkindern genannt. Man würdigte ihn als idealen Morallehrer und überzeugten Religionsstifter. Man pries seine freundliche Hilfsbereitschaft, und man erbaute sich an seiner persönlichen Anspruchslosigkeit. Man feierte ihn in ungezählten glänzenden Kunstwerken, und emsigste wissenschaftliche Forschung zergliederte jedes kleinste Urkundenblatt bezüglich seines Lehrens und Wirkens. Und doch genügt das alles nicht, wenn man den Adventsgedanken von der Nähe des Herrn in seiner ganzen Größe erfassen will. Hier hat vor allem die eigenste, innerste Gewißheit und Erfahrung zu reden. Das ist keine Phantasie oder bloße Stimmung. Tausende und Abertausende von Menschen erleben und erkennen es auch heute noch, daß die Erde ihn sich selber niemals geben konnte, den dornengekrönten Messias, der ein letzter und höchster Trost für die vom Sündenelend gedrückte Seele ist. Daß an dem Christkind etwas Ewiges und Göttliches sein muß, unbeschadet aller menschlichen Niedrigkeit, das sagt uns nicht nur die Bibel, das verkündigt auch laut genug die Geschichte des Christentums. Ein solches allerpersönlichstes religiöses Leben, wie es trotz aller Zeiten Sturm und Drang von Jesus Christus ausgegangen ist, ein solches Fortwirken dieser durch keine bloße Menschenlogik restlos zu erklärenden Propheten-Persönlichkeit, — ja, es geht wohl nicht anders, wir müssen uns beugen und mit Gellert ausrufen:

Wenn ich dies Wunder fassen will,
Dann steht mein Geist vor Ehrfurcht still;
Er betet an und er ermißt,
Daß Gottes Lieb' unendlich ist!

Advent! Gedenken wir einer wunderbaren Gottesgnade!

*

* **Massenhafte Rodelunfälle** haben die ersten wenigen Tage dieses Winters schon mit sich gebracht. Mehr oder weniger schwere Verletzungen sind die Folge davon gewesen, wenngleich das Gerücht von einem tödlichen Ausgang eines Falles, der sich an der Kreuzung der Westfalen- und Kölnerstraße ereignet hat, sich glücklicherweise nicht bestätigt. Aber auch ohne dem sind die Unfälle doch schwer und bedeutend genug, um uns zu veranlassen, energisch gegen den Unfug, der teilweise auf diesem Gebiet verübt wird, zu Felde zu ziehen. In erster Linie muß die Polizei mit eiserner Strenge gegen die Rodelei auf den Straßen vorgehen. Nach unserer Beobachtung könnte da noch mehr geschehen. Gibt es doch noch eine Menge Straßen, auf denen, namentlich nach Einbruch der Dunkelheit, ganz munter gerodelt wird. Wir gestehen hier übrigens auch jedem einzelnen das Recht zu, einzugreifen und namentlich da, wo Kinder die Bürgersteige benutzen, diese davon zu verweisen. Aber auch dort, wo die Rodelei zugestanden ist, muß dies Vergnügen, oder nennen wir es Sport, mit viel größerer Um- und Vorsicht betrieben werden, als es bis jetzt geschieht. Jeder Rodler sollte in jedem Augenblick darauf gefaßt sein, daß vor oder neben ihm eine Stockung eintritt, und wissen, was er in diesem Falle zu tun hat. Diese Rücksicht ist er seinen Mitmenschen unbedingt schuldig. Rücksichtslose Fahrer müßten von der Bahn ohne weiteres verwiesen werden können. Eine besondere Gefahr bedeuten die vielen kleinen Kinder, die oft ganz ohne Kenntnis der Gefahr zwischen den Erwachsenen herumwimmeln. Sie bilden die größte Gefahr für die anderen, sind zugleich aber auch im höchsten Maße selbst gefährdet. Vernünftige Eltern sollten ihnen deshalb das Befahren der großen Bahnen, an der unteren Westfalenstraße oder im Stadtpark, auf das strengste untersagen. Vielleicht wäre es aber angebracht, ihnen die obere Westfalenstraße von der Winkhauserstraße bis an die Biegung vorzubehalten, damit ihnen das schöne Vergnügen nicht ganz unterbunden wird. Wir haben es für nötig gehalten, trotz des seit gestern eingetretenen Tauwetters auf diese Dinge eindringlich hinzuweisen, damit, wenn die Gelegenheit wieder da ist, der Rodelbetrieb in geordnete Bahnen kommt und die Gefahren wenigstens auf ein möglichst geringes Maß zurückgeschraubt werden.

* **Richard Wagner-Abend.** Am Sonntag, den 4. Dezember, wird hier Dr. Otto Neitzel, der bekannte und beliebte Pianist und Redner, als Gast des Lüdenscheider Konsum-Vereins über den größten Musikdramatiker der Neuzeit, über Richard Wagner einen Vortrag halten, auf den wir das Interesse unserer Musikfreunde lenken. Neitzel hat als Wagnerianer sozusagen von der Pike an gedient. Er war, wie wir einem Bericht über seinen Wagnervortrag in Mannheim (16. Nov.) entnehmen, ein eifriger Claqueur 1870 bei den Meistersingern in Berlin, improvisierte stundenlang über den Ring des Nibelungen als junger Student, besuchte 1875 als Protege der Gräfin Schleinitz, der Freundin Wagners, die Vorproben zu den Festspielen, saß 1876 im ersten Jahr der Festspiele zwischen einer Fürstin und einem Dorfschulmeister auf einer Wagendeichsel vor dem Angermannschen Restaurant, half 1882 den Parsifal aus der Taufe heben. Man darf sich also auf einen hochinteressanten Abend vorbereiten, umsomehr als Neitzel schon häufig in unserer Stadt sein Talent als Pianist und Redner auf das glänzendste bestätigt hat. — Mit Rücksicht auf die beschränkten Raumverhältnisse haben zukünftig Nichtmitglieder zu den Vorträgen obigen Vereins keinen Zutritt mehr. Sollten sie solche dennoch einfinden, so müßten sie durch das Kontrollpersonal unnachsichtig ausgewiesen werden.

* **Stadttheater.** Montag findet keine Vorstellung statt. Dienstag, den 29. November, abends 8¼ Uhr — vielfachen Wünschen entsprechend beginnen die Vorstellungen von heute ab um diese Zeit — „Ein Walzertraum". Die reizende Operette wird bestimmt nur dieses eine Mal aufgeführt, allen Freunden der Operette sei daher der Besuch wärmstens empfohlen. Mittwoch keine Vorstellung. Donnerstag geht als volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen das vortreffliche historische Schauspiel „Philippine Welser, die schöne Augsburgerin", von Redwitz in Szene. In Vorbereitung ist die Operette „Die geschiedene Frau" von Leo Fall.

* **Rechtsgültigkeit des Ortsstatuts.** Der Klempnermeister Rudolf von der Halle und 27 Genossen, sämtlich in Lüdenscheid, desgl. Dr. med. Belemann, klagten gegen den Magistrat wegen Heranziehung zu den Kosten der Ausbesserung der Friedrichstraße. Diese Heranziehung ist erfolgt auf Grund des § 9 des Kommunalabgabengesetzes. Die Kläger erhoben Einspruch und dieser wurde zurückgewiesen. Da die Einsprecher aber glaubten, daß sie zur Zahlung nicht verpflichtet sind, so klagten sie auf Freistellung. Der Rechtsbeistand der Kläger bemerkte u. a., daß die Heranziehung auf Grund des Ortsstatutes vom Jahre 1875 erfolgt sei. Ob aber dieses Statut hier zulässig sei, sei streitig. Der Bezirksausschuß in Arnsberg stellte sich auf den Standpunkt der Stadt und erkannte auf Abweisung der Klage.

* **Sein 25jähriges Arbeitsjubiläum** bei der Firma Julius Kremp feierte am Samstag der Ausschneider Matthias Bongartz. Von der Firma sowohl wie von seinen Arbeitskollegen wurde der Jubilar aus diesem Anlaß mit Geschenken bedacht.

* **Eine neue Zugabrufeinrichtung für die Wartesäle** soll demnächst auf den Eisenbahnen zur Einführung gelangen, mit der man eine erhebliche Personalersparnis zu erzielen hofft. Bei der ersten Drehung der Bedienungsschalter, die an einer oder auch an mehreren Stellen angeordnet werden können, wird durch die betreffende Tafel die Zuggattung und Zugrichtung angezeigt und beleuchtet, während eine Starkstromglocke ertönt. Beim Weiterdrehen des Schalters wird der Glockenstrom abgestellt, während die Beleuchtung in Tätigkeit bleibt; das Drehen des Schalters in die dritte Stellung führt den anfänglichen Ruhestand wieder herbei.

* **Wagenmangel auf der Eisenbahn.** Der Mangel an Kohlen- und Kokswagen hält im Kohlenrevier unvermindert an, so daß im Bezirke der Kgl. Eisenbahndirektion Elberfeld am Donnerstag und am Freitag voriger Woche nur acht Zehntel der Verhältniszahl (d. i. der durchschnittliche Versand des letzten Monats oder der letzten Woche) gestellt wurden. Der Mangel an Kalkwagen hat erheblich nachgelassen, ebenso in den letzten Tagen der Mangel an Kollwagen.

* **Ausdehnung der postalischen Eilbestellung.** Die Reichspost führt ab 1. Dezember versuchsweise die Eilbestellung von Paketen, Einschreibesendungen, Sendungen mit Wertangabe sowie Postanweisungen, auch für Ortssendungen ein, während bisher nur gewöhnliche Briefsendungen zu Eilbestellung an den Empfänger im Orts- und Landbestellbezirk des Aufgabeortes zugelassen waren.

* **„Wilde Ehen".** Das Oberverwaltungsgericht hatte sich kürzlich mit der Frage zu beschäftigen, ob die Polizeibehörde sogenannte „wilde Ehen" trennen kann. Der Gerichtshof erkannte, daß die Polizeibehörde im Hinblick auf 10. II. 17. des Allgemeinen Landrechts, welcher nach wie vor in der ganzen Monarchie gilt, befugt ist, das eheähnliche Zusammenleben von Personen verschiedenen Geschlechts, die nicht verheiratet sind, nur dann zu verbieten, wenn das Zusammenleben öffentlich bemerkbar und geeignet ist, öffentliches Aergernis zu erregen.

* **Die Gefahren der Hutnadel.** Der Berliner Polizeipräsident von Jagow erließ eine Bekanntmachung, die auf die Gefahren hinweist, die durch das Tragen von langen Hutnadeln von Damenhüten möglicherweise entstehen können. Die Bekanntmachung kündigt eventuell polizeiliche Maßnahmen gegen das Tragen der Nadeln an.

Aus den Kreisen Altena und Iserlohn.

Menden, 25. Nov. Ein Opfer seines Berufs wurde vorgestern der Fuhrmann Jos. Lehrkühler von hier. Mit einem Wagen Kartoffeln wollte er zum Hönnetal. Dort hat er an der Wirtschaft Platthaus anscheinend den Weg verfehlt und ist mit seinem Fuhrwerk in die Hönne geraten. Gestern früh fand man Wagen und Pferd dort stehen, während L. am Wehr der Ebbinghausschen Sägemühle als Leiche aufgefunden wurde. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe und acht unmündige Kinder.

Theater-Spielplan.

Stadttheater in Barmen.

Montag, 28. Nov., 8 Uhr: Der Arzt am Scheidewege. Dienstag, 29. Nov., 8 Uhr: Nanon. Mittwoch, 30. Nov., 8 Uhr: Undine. Donnerstag, 1. Dez., 7½ Uhr: Tannhäuser. Freitag, 2. Dez., 8 Uhr: Der Ring des Nibelungen. Samstag, 3. Dez., 7½ Uhr: Die Jungfrau von Orleans. Sonntag, 4. Dez., 3 Uhr: Der letzte Tag. 7 Uhr: Carmen. Montag, 5. Dez., 8 Uhr: Der Arzt am Scheidewege.

Ziehung 5. Klasse 223. Kgl. Preuß. Klassenlotterie.

Berlin, 26. Nov. Vormittag. 15 000 M auf Nr. 33 177, 10 000 M. auf Nr. 151 996 231 959, 5000 M auf Nr. 10 596, 43 426 84 490 93 114 124 657 144 587 165 392, 3000 M. auf Nr. 4466 6795 10 722 20 481 21 499 24 453 38 888 40 971 50 803 61 336 69 784 71 291 72 546 92 100 116 122 124 778 142 032 163 606 165 462 174 710 176 135 176 732 190 192 204 264 204 366 206 230 238 494 251 299 271 838 281 818 289 072 290 580 293 436 295 461 301 903.

Nachmittag. 80 000 M auf Nr. 41 062, 15 000 M. auf Nr. 109 901, 10 000 M. auf Nr 93 903 140 932 291 310, 5000 M. auf Nr. 7154 23 420 64 843 177 239 252 882 279 383, 3000 M. auf Nr. 31 235 48 900 52 040 53 460 56 100 56 825 70 586 71 533 85 836 95 385 100 693 110 712 111 978 125 945 130 420 142 757 150 502 151 180 155 379 158 583 161 433 168 434 172 239 175 880 178 824 182 186 193 283 200 715 202 820 203 195 207 412 225 952 233 115 243 033 245 315 251 224 252 134 264 556 264 739 270 728 279 413 283 599 283 599 291 592.

Patentbericht.

Mitgeteilt vom Patent- und Techn. Bureau Conrad Köchling, Ing., für die Gerichte des Landgerichtsbezirkes Hagen beeidigter Sachverständiger, Mitglied des „Deutschen Schutzverbandes für geistiges Eigentum". Broschüre „Patentwissenschaft" kostenlos. Hagen, Elberfelderstraße 68, Telefon 1412.

A) **Patentanmeldungen.** Befestigungsvorrichtung für das die Randwulste von Luftradreifen gegen die Felge pressende Klemmstück. Hubert Müller, Hagen i. W.

B) **Gebrauchsmustererteilungen.** Klemmschnalle für die Gurte und Bänder von Hosenträgern u. dergl. P. C. Turck Wwe., Lüdenscheid. — Drehbarer Bücherständer. Emil v. Raedern, Hilchenbach.

Verantwortlich für die Schriftleitung Rudolf Behmer, für den Anzeigenteil Carl Sasse, beide in Lüdenscheid.

Oeffentlicher Wetterdienst

Veränderlich, zeitweise Niederschläge, lebhafte Westwinde, Temperatur sinkend.



Joh. 16, 33.

Heute Mittag 1 Uhr rief der barmherzige Gott meine geliebte Frau

Johanna Franz

geb. **Haun**

unsere nimmermüde, treue Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin, Tante, Großtante und Pflegemutter im Alter von 82 Jahren aus all ihren schweren, mit unerschüttertem Gottvertrauen geduldig ertragenen Leiden zu sich in sein Himmelreich.

2. Cor. 12, 9.

Lüdenscheid, Baden-Baden, Weitenhagen, Helmshagen, Kölzin, Essen, Droyßig, Cincinnati, Hamburg Sturgeon-Bay.

Lüdenscheid, am 1. Adventssonntag 1910..

Carl Franz
Alwina Franz
Frida Franz geb. Kühn
Gabriele Franz.

Die Beerdigung findet statt Mittwoch, den 30. November 1910, nachmittags 3½ Uhr.

Der unerbittliche Tod riß uns unerwartet, eines unserer ältesten Vorstandsmitglieder, unsern langjährigen Kassenwart

Herrn Wilhelm Nachrodt

aus unseren Reihen.

Er ist uns stets ein treuer, eifriger Berater gewesen. Wir werden ihm daher ein stetes Andenken bewahren.

Lüdenscheider Schwimm-Verein 1901.

Lüdenscheider Männergesangverein.

Dienstag, den 29. cr., nachmittags 2½ Uhr:

Zusammenkunft im Konfirmandenhause

zur Beerdigung des Mitglieds

Wilh. Nachrodt.

Wirte-Verein

von Stadt und Amt Lüdenscheid.

Zur Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes

Herrn

Wilhelm Nachrodt

versammeln sich die Kollegen um ½3 Uhr beim Kollegen Baberg, Hochstraße.

Der Vorstand.

Pfennig-Sparkasse des Amtes Lüdenscheid.

Die nächste Sitzung

findet am

Mittwoch, den 30. dss. Mts., nachm. 6 Uhr statt.

Altenhelle, den 26. Nov 1910.

Der Vorsitzende:
Rud. Berghaus.

„Während des ganzen Winters von andauernder Stuhlverstopfung, verbunden mit heftigen Kopfschmerzen und Blutwallungen sowie hartnäckigem

Magenleiden

geplagt, habe ich Ihren **Altbuchhorster Markt-Sprudel Starkquelle** (Jod-Eisen-Mangan-Kochsalzquelle) kurmäßig getrunken. Es ist mir heute ein Bedürfnis, Ihnen meine rückhaltlose Ueberzeugung v. der Güte dieses Heilwassers, meine Befriedigung über die Wirkung der Trinkkur und **restlosen Beseitigung meiner Beschwerden** durch sie zu bestätigen. Ihr **Mark-Sprudel** ist Tausende wert. Curt J." Aerztlich warm empfohlen. Literflasche 95 Pfg. in den Apotheken und bei **Ad. Weber, F. W. Schumacher und Ed. Rentrop.**

Städtische Sparkasse

— Sauerfelderstr. 3. —

Um den Andrang vom 1. auf die letzten drei Tage des ablaufenden und die ersten drei des beginnenden Monats zu verteilen, ohne den Sparer im Zinsgenuß zu schmälern, erhielt das Statut der **städt. Sparkasse** schon im Jahre 1903 nachstehenden § 16 [5], der wenig bekannt zu sein scheint und deshalb erneut veröffentlicht wird:

„Die Einlagen aus den ersten 3 Tagen des Monats werden **vom 1.,** die weiteren Einlagen von dem auf die Einlage folgenden **Tage** ab verzinst. Bei Rückzahlungen endigt die Verzinsung mit dem der Rückzahlung vorhergehenden Tage, jedoch soll den Rückzahlungen in den letzten 3 Tagen des Monats der Zinsgenuß **bis Ende des Monats** verbleiben."

An Fabrikanten zu verkaufen:

Musterschutz

für Massenartikel.

Näheres **Wachsungs-Hotel Bremerhafen.**

Der Plan über die Herstellung eines Zementkanals für Telegraphenkabel in der Altenaerstraße in Lüdenscheid liegt bei dem Postamt in Lüdenscheid von heute ab vier Wochen aus.

Ober-Postdirektion Dortmund.

Der Plan über die Herstellung einer oberirdischen Telegraphenlinie an dem Gemeindewege nach Hunswinkel, der bei km 17,8+10 der Versestraße abzweigt, liegt bei dem Postamt in Lüdenscheid von heute ab vier Wochen aus.

Ober-Postdirektion Dortmund.

Bekanntmachung.

Die Aufsicht über die Wasserleitungen in Brügge-Winkhausen, Lösenbach, Ahelle und Hellersen ist dem Installateur **Fritz Lieb** in **Lüdenscheid,** über die Wasserleitung in Clagebach dem Installateur **Ernst Hufschmidt** in **Schalksmühle** vom 1. Dezember cr. übertragen worden und ist diesen der Zutritt zu den Wassermessern zu gestatten.

Lüdenscheid, den 25. Novbr. 1910.

Der c. Amtmann: Strosser.

Wir suchen per sofort noch mehrere

Jungen und Mädchen

für dauernde und lohnende Beschäftigung.

Lüdenscheider Metallwerke A.-G.
vorm. Jul. Fischer & Basse.

Tüchtiger, solider

Packer

gesetzten Alters, der den Versand 2c. vollkommen selbständig und umsichtig leiten kann sofort gesucht.

Offerten unter **A. B. 2611** an die Expedition dss. Bl.

Solider

Beizer

gesucht.

C. Aufermann & Söhne.

---

14 bis 16jährige

Knaben

für leichte, lohnende Beschäftigung gesucht.

Funcke & Brüninghaus.

Flechten

nässende und trockene Schuppenflechte skroph. Ekzema, Hautausschläge, after Art

offene Füsse

Beinschäden, Beingeschwüre, Aderbeine, böse Finger, alte Wunden sind oft sehr hartnäckig;

wer bisher vergeblich hoffte

geheilt zu werden, mache noch einen Versuch mit der bestens bewährten

Rino-Salbe

bei von Gift und Säure. Dose Mark 1.15 u. 2.25. Dankschreiben gehen täglich ein. Nur echt in Originalpackung weiss-grün-rot a. Fa. Schubert & Co., Weinböhla-Dresden. Fälschungen weise man zurück. Zu haben in den Apotheken.

---

1 Piano zu **350 M.**
1 Piano zu **520 M.**

gebraucht aber gut erhalten. (Gelegenheitskauf), gegen Ratenzahlungen abzugeben.

Roth & Junius
Hof-Pianofabrik, **Hagen** i. W

Hühnerzüchter

erzielen viel Nutzen und Freude durch Beifütterung von

„Ovo"

wodurch ein durchschnittlicher Eierertrag von 185 Stück pro Jahr und Huhn mehr erzielt wird. Sehr sparsam im Gebrauch, zur rationellen Zucht unentbehrlich! Nur ein Versuch überzeugt.

General-Depot: **Oskar Wandelt, Remscheid, Fachschulstr. 4.**

Wiederverkäufer gesucht.

Breitdreschmaschinen

für 1 und 2 Pferde, mit den erster Preisen prämiiert, sind durch entsprechend erweiterte Schlagkanten des Dreschkorbes, sowie cobm. fester und federnder und Moment-Korbstellung (D. R. G. angem.), wodurch ein Festlaufen der Trommel bei feuchter Frucht ausgeschlossen. Im leichten Gang und bequemer Handhabung die vollkommensten Maschinen der Gegenwart und stehen jederzeit zur Besichtigung bereit Liefere dieselben unter Garantie und Probe.

Alte Maschinen werden billigst umgeändert.
Gebrauchte Maschinen und Göpel gebe preiswert ab.

Carl Bremicker

in Bremickerhof bei Kierspe,
Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen.

Gamaschen für Damen, Herren, Knaben und Mädchen in Leder, Segeltuch, Tuch.
Prima Hosenträger, Reisekoffer in Rohrplatten und anderen Qualitäten, **Coupekoffer** in Rohrplatten, Kunstleder, Segeltuch und Vulkanfibre, **Reisetaschen** in Rindleder und Segeltuch.
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Hochstr. 5. **Gust. Lindemann Nachf.** Telefon 775.

Deutsche Kolonialgesellschaft

Abt.: Lüdenscheid.

Dienstag, den 29. November, abends 8½ Uhr, im Saale des Konsumvereins:

Vortrag

des **Marine-Pfarrers a. D. Wangemann** über:

Die deutschen Kolonien in der Südsee.

Zu diesem Vortrag laden wir die Mitglieder unserer Abteilung sowie die Mitglieder des Flottenvereins und des Alldeutschen Verbands und deren Angehörige freundlichst ein.

Die Mitglieder des Konsumvereins, sowie alle Damen und Herren Lüdenscheids, die für die Entwicklung unserer Kolonien Sinn haben, sind als Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Stadttheater Lüdenscheid

Dienstag, den 29. November, Abends 8½ Uhr:

Einmalige Aufführung.

Ein Walzertraum.

Musik des städt. Orchesters.

Mittwoch: **Keine Vorstellung.**

Donnerstag, den 1. Dez. Anfang 8¼ Uhr **Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen.**

Sperrsitz 1 Mk. Saal 50 Pf.

Philippine Welser

die schöne Augsburgerin.



Verein der Hundefreunde für Lüdenscheid und Umgegend

bittet, zwecks weiterer Beteiligung, die Herren Interessenten am **29. November,** abends 8½ Uhr im Kaiserhof um Ihr Erscheinen.

Der prov. Vorstand.

Ortskrankenkasse der Bauhandwerker.

Dienstag, den 29. dss. Mts. abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Achter:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Ergänzungswahl des Vorstandes.
2. Wahl der Revisoren behufs Prüfung der Jahresrechnung.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Der heutigen Gesamtauflage ist ein Prospekt der Firma **Sinn & Co., Hagen** i. W. beigefügt, welchen wir unsern Lesern zur gefl. Beachtung empfehlen.



Am Donnerstag morgen, den 1. Dezbr. bin ich mit Kühen in Halver.

Wilh. Kerspe, Halver, Tel. 52.

Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter.

Die Wahl des Kassenarztes für das Jahr 1911 erfolgt während der Zeit vom 1 bis 15. Dezember cr. auf dem Büro der Kasse Humboldstr. 22.

Nach dem 15. Dezember kann eine Umwahl des Arztes nicht mehr zugelassen werden.

Für die in der Rahmede ansässigen Mitglieder ist Herr Dr. Siemon wählbar.

Mitglieder einer Haushaltung können nur **einen und denselben Arzt wählen.** Bestimmend ist derjenige Arzt, den der Haushaltungsvorstand gewählt hat.

Diejenigen Mitglieder, welche für das Jahr 1911 keinen anderen Arzt wählen wollen, werden ihrem bisherigen Arzt zugeschrieben; einer Äußerung bedarf es in solchen Fällen nicht.

Die außerhalb des Stadt- und des Amtsbezirks Lüdenscheids wohnenden Mitglieder wählen keinen der hiesigen Aerzte zu ihrem Kassenarzte; diese, wie auch ihre berechtigten Angehörigen erhalten vielmehr im Falle ihrer Erkrankung den zunächst wohnenden Arzt angewiesen.

Lüdenscheid, den 28. Novbr. 1910

Der Vorstand.

Neu! Neu!

Wissenschaftliche Handdeutungen.

gibt

berühmter Phrenologe u. Graphologe,

bekannt von den größten Ausstellungen. Genaue Lebensbeschreibung der Vergangenheit und Zukunft.

Ratskeller, Herzogstr.

Zum Küssen

schön ist ein zartes, reines **Gesicht** mit rosig jugendfrischem **Aussehen.** Alles dieses zeugt:

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife v. Bergmann & Co. Radebeul

Preis à St. 50 Pfg., ferner macht der

Lilienmilch-Cream Dada

ein gutes vorzüglich wirkendes Mittel gegen **Sommersprossen.** Tube 50 Pfg. bei **Adolf Weber; J. H. Schürmann; E. Plenger; Julius Basse, Carl Vollmann.**